

Thema	CDU / CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	Freie Wähler	AfD	Die LINKE
Arbeit statt Sanktionen	<p>Es soll beim Prinzip Fördern und Fordern und den Sanktionen bleiben. Zitat dazu aus einer Rückmeldung " Das Sozialstaatsprinzip gibt niemandem das Recht, dauerhaft auf Kosten der Allgemeinheit zu leben" Focus auf Qualifizierung, Vermittlung und Wiedereingliederung . LZA ohne Vermittlungschancen auf dem regulären Arbeitsmarkt sollen verstärkt die Möglichkeit für sinnvolle und gesellschaftlich wertige Tätigkeit erhalten. Unterstützung von ausbildungssuchenden Jugendlichen deren Eltern LZA sind.</p>	<p>Sanktionierungen von U 25J und der Kosten der Unterkunft sollen wegfallen. Arbeitsmarktpolitik wird nicht ohne Sanktionen auskommen. Recht auf Weiterbildung installieren, Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung in Arbeitsversicherung. Ausbau von öffentlich geförderter Beschäftigung (ÖGB) und Schaffung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarkts. Das Bundesprogramm „soziale Teilhabe“ als Regelleistung in SGBII übernehmen.</p>	<p>Sanktionen sollen abgeschafft werden.</p>	<p>Sanktionen darf es für Fehlverhalten geben. Wichtig ist Bildung als beste Voraussetzung für die Arbeitsmarktintegration</p>	<p>Sanktionen sind bei persönlicher Verursachung gerechtfertigt. Es soll mehr Fachbetreuer geben, die behinderte Menschen, Ältere und Familien bei Behördengängen unterstützen.</p>	<p>Sanktionen sind bei schuldhaftem Verhalten gerechtfertigt. Leistungen können bei Fehlverhalten auch ganz gestrichen werden.</p>	<p>Sanktionen abschaffen. Öffentlich geförderte SV Pflichtige Beschäftigung</p>
Menschenwürdiges Existenzminimum	<p>Die Höhe der Regelsätze wird als ausreichend und verfassungskonform betrachtet, sie decken das Existenzminimum. Prekäre Arbeitsverhältnisse werden abgelehnt. SV pflichtige, unbefristete, tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse sollten die Regel sein.</p>	<p>Regelsätze und vor allem Kinderbedarfszuschläge und Kosten der Unterkünfte müssen verbessert werden. Die Erhöhung der Regelsätze muss regelmäßig überprüft werden. Die strengeren Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind rechtens. Höherer Mindestlohn. Schonvermögen im SGBII verdoppeln.</p>	<p>Erhöhung des soziokulturellen Existenzminimums Berechnung der Regelsätze ohne „Rechenricks“ Gesonderte Pauschale für Strom Einheitliche Kindergrundsicherung. Grünes Familienbudget Modellversuche für neue Konzepte, wie Grundeinkommen, negative Einkommenssteuer. Garantierente, Bürgerversicherung mehr Wohnungsgenossenschaften</p>	<p>Aktuelles Existenzminimum sei menschenwürdig, dies wurde vom BVG bestätigt. Mit „Bürgergeld“ würden die „Erniedrigungen“ der Sozialhilfeempfänger und die Auseinandersetzungen mit JC wegfallen.</p>	<p>Handlungsbedarf bei der Berechnung des absoluten Existenzminimums und der Erwerbsminderungsrente.</p>	<p>Das Existenzminimum ist gewährleistet. Es sollte aber überprüft werden, ob alle Antragsberechtigten auch einen Antrag stellen.</p>	<p>Hartz IV soll abgeschafft werden, dafür eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050,00 € eingeführt. Sozialtarife für Strom, öffentlichen Nahverkehr und deutsche Bahn. Gesetzlichen Mindestlohn erhöhen. Kindergeld erhöhen und Einführung der Kindergrundsicherung. Gesetzliche Rente erhöhen. Solidarische Rente. Keine Priorität für bedingungslose Grundeinkommen, aber langfristig Diskussionsbedarf.</p>
Bezahlbarer Wohnraum	<p>Die Notwendigkeit für bezahlbaren Wohnraum wird gesehen und sowohl auf das Erreichte hingewiesen (1 Mio. Wohnungen gebaut), als auch auf das was die Union zu tun plant, damit mehr Wohnraum/Sozialwohnraum entsteht. Wie zum Beispiel Wohnungspakt Bayern (10.000 Häuser Programm) Baukindergeld, Wohngeldreform, Unterstützung der Länder mit Bundesmitteln (5 Mrd. zwischen 2016 -2019) Länder und Kommunen sollen mehr Bauplatz ausweisen.</p>	<p>Mietpreisbremse verbessern Bessere und verbindliche Mietspiegel Höhe des Wohngeldes regelmäßig anpassen. Ausweitung öffentlich geförderte Sozialwohnungsbau-Verlängerte Bindungszeiträume</p>	<p>Es sollen 1 Mio. neue bezahlbare Wohnungen in den nächsten 10 Jahren entstehen. Investitionszuschüsse an Vermieter, die sich auf soziale Regeln verpflichten (Mieterstruktur und Rendite) Verdopplung der Bundesmittel für Wohngeld. Verbesserung der Mietpreisbremse.</p>	<p>Entbürokratisierungen der Bauvorschriften. Kommunen seien in der Pflicht und sollten mehr Bauland ausweisen. Förderung von jungen Familien. Grunderwerbssteuerfreibetrag für die erste selbstgenutzte Immobilie.</p>	<p>Wiedereinführung der Eigenheimzulage Mehr Fördermittel für sozialen Wohnungsbau. Überzogene Bauvorschriften zurücknehmen.</p>	<p>Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und reformieren des Baurechts.</p>	<p>Sozialer Wohnungsbau soll gestärkt werden durch gemeinnützigen kommunalen Wohnungsbau. Dafür sollen Mittel in Höhe von 5 Mrd. € eingesetzt werden. Überhöhte Mieten werden gesenkt und Höchstmieten festgelegt. Echte Mietpreisbremse einführen.</p>
Wertschätzung statt Ausgrenzung	<p>Antworten dazu werden allgemein gehalten: Zitat „Für CDU/CSU ist jeder Mensch wichtig und wir bringen jedem unsere Wertschätzung entgegen“ Verweis auf das Recht auf soziale Sicherheit, das in der Menschenrechtserklärung festgehalten und garantiert ist. Den Aspekt der gleichberechtigten Teilhabe von Behinderten betont, basierend auf dem christlichen Werteverständnis.</p>	<p>Niedriglohnsektor reduzieren. Tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigung soll die Regel werden. Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Förderung einer inklusiven Gesellschaft Bessere Verteilung des Wohlstandes</p>	<p>Förderung einer inklusiven Gesellschaft Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Faire Löhne.</p>	<p>Die Forderung sei zu pauschal. Die Wertschätzung ist durch die Wahrung der Menschenrechte grundgesetzlich verankert. Gegebenfalls soll das eigene Verhalten überprüft werden.</p>	<p>Renten und Gesundheitssystem zukunftsfest machen. Klare Regeln für Einwanderung. Mehr Direktdemokratie/Bürgerentscheide. Bundespräsident soll vom Volk gewählt werden. Klare Regeln für Einwanderung.</p>	<p>Diese Forderung wird auf die Migranten bezogen. Wertschätzen könne man Menschen, die Gesetze und Sitten und Regeln des Landes in dem sie leben, respektieren.</p>	<p>Förderung der inklusiven Gesellschaft Für gut bezahlte und sichere Jobs sorgen. Solidarische Gesundheitsversorgung.</p>